Abg. Albrecht erklärte, dass er die schriftliche Antwort auf die SPD-Anfrage nicht als ausreichend erachte. Er hätte sich gewünscht, dass die Werte zur jeweiligen Nitratbelastung des Grundwassers auf die 19 Kommunen des RSK heruntergebrochen worden wären.

SKB Schön sah hier Schwierigkeiten, da man nur einzelne Messstellen habe. Er erhoffe sich aber Messreihen von diesen Messstellen.

Abg. Leuning fragte an, ob es für die Messstellen irgendwelche vorgegebenen Abstandhinweise bzw. Vorgaben gebe, die festlegten, wo eine Messstelle einzurichten sei.

KBD Kötterheinrich erklärte, dass sich die Untere Wasserbehörde (UWB) um erhöhte Werte kümmere und dort dann tätig werde. Deshalb sei eine Erfassung nach Kommunen für die tägliche Arbeit unerheblich. Eine Auswertungsreihe zu einzelnen Messstellen gebe es. Zu der Frage, ob es eine Vorgabe für Standorte gebe, bat er TA Schubert um eine kurze Stellungnahme. Grundsätzlich erfolgten Messungen und Neuerrichtungen für Messstellen nach Bedarf.

TA Schubert erläuterte, dass die Kriterien, nach denen Messstellen ausgewählt würden, schon alleine dadurch erfolgt seien, ob diese jeweilige Messstelle kontinuierlich Prüfwerte habe. Liege dies nicht vor, würde die Messstelle gar nicht zur Auswertung hinzugezogen. Also sei es notwendig, dass die Messstellen bestimmte Kriterien zu Messwerten erfüllt haben. Die aktuellen Werte seien aus dem Zeitraum 2010 bis 2013. Bei einer Auswertung in 4 Jahren könnten dabei schon wieder ganz andere Messstellen erfasst werden, je nachdem, welche Messungen in der Zwischenzeit erfolgt seien. Es sei auch schwierig, die Messwerte verschiedener Zeiträume miteinander zu vergleichen.

Abg. Wagner fragte für Swisttal an, wie häufig das Monitoring-Netz verändert werde. Hier habe es in den letzten Jahren erhebliche Nutzungsveränderungen weg von der 4-jährigen Fruchtfolge mit Zuckerrüben hin zu Maisanbau für Biogas und Mastbetriebe jenseits der Kreisgrenze mit erheblichen Einträgen über Futter ins Kreisgebiet gegeben. Hierzu erklärte KBD Kötterheinrich, dass die Messstellen, welche bisher in diesem Gebiet vorhanden seien, sich historisch entwickelt hätten. Der Betrieb einer Messstelle koste viel Geld; von daher würden erst einmal vorhandene Messstellen genutzt. Ob für das angesprochene Gebiet neue geplant seien, müsse er erst beim Land erfragen. Er wies nochmals auf die der Einladung beigefügten Karten der Nitratbelastungen für NRW und den RSK hin. Es sei klar erkennbar, dass sich vor allem im linksrheinischen Bereich erhöhte Werte zeigten. Richtig sei auch, dass die UWB dafür verantwortlich sei, die erhöhten Werte der Grundwasserkörper im positiven Sinne zu verändern. Die UWB sei aber nur eine Regelbehörde. Dies führe zu Problemen, da die UWB den Verursacher ansprechen müsse, wenn Nährstoffeinträge stattfänden. Es sei aber oft nicht nachweisbar oder zuordenbar, wer der eigentliche Verursacher sei. Eine Veränderung der Werte im Grundwasser erfolge auch nur über sehr lange Zeiträume.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese empfahl, die Landwirtschaftskammer zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen. Diese solle dann die vorhandenen Beratungskonzepte insbesondere für die besonders belasteten Bereiche im linksrheinischen Kreisgebiet vorstellen.